Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.80 Mk., bei Zutragung ins Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk. Postscheckkonto: Leipzig 19301. Girokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: Der Grundpreis für die 36 mm breite einspaltige Zeilenzeile beträgt 20 Goldpfennig, für die 147 mm breite amtliche Zeile 80 Goldpfennig, für die 73 mm breite Zeile im Redaktionsteil 60 Goldpfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 1 Zeile Sondergebühr. — Für schwierige Satzarten und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inhaber Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg i. Sa. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Lieger, Frankenberg

№ 13 — Montag den 17. Januar 1927 nachmittags — 86. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Nachdem die Bemühungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius um die Bildung der Reichsregierung gescheitert waren, hat der Reichspräsident dem Reichskanzler Dr. Marx erneut den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Reichskanzler Dr. Marx hat den Auftrag angenommen und wird sofort die Verhandlungen mit den Parteien der Mitte aufnehmen.

Der amerikanische Staatssekretär Kellogg wird wahrscheinlich im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen in Mexiko und Nicaragua zurücktreten.

In Pariser politischen Kreisen sieht man mit großer Spannung der heutigen Sitzung des Versailler Militärkomitees entgegen. Man neigt zu der Anschauung, daß das Hochkomitee die deutschen Vorschläge für unannehmbar erklärt und weitgehende Aenderungen verlangt.

Nach einer Pekinger Meldung hat Belgien seinen Einspruch gegen die Kündigung des belgisch-chinesischen Vertrages im Haag zurückgezogen und neue Verhandlungen mit Peking eingeleitet.

Der im Vorjahre abgeschlossene französisch-rumänische Freundschaftsvertrag wird morgen in Paris und in Bukarest veröffentlicht werden.

Nach einer Veröffentlichung des Generalgouverneurs von Indochina ist zu befürchten, daß die nationale chinesische Bewegung auf Indochina übergreift.

Die Lage der sächsischen Industrie im vergangenen Jahre und ihre Aussichten

Man schreibt uns:

Die Entwicklung der sächsischen Industrie verlief im vergangenen Jahr zwischen zwei ausgeprägten Polen. Das Frühjahr zeigt einen bedenklichen Tiefpunkt. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen war bis auf 433 000 angeschwollen, die Kaufkraft in starkem Rückgang begriffen. Die Konkurse und Geschäftsaufsichten, Betriebsstillegungen, hatten gewaltig zugenommen. Die Kreditlage war auf das äußerste angespannt, das Auslandsgeschäft infolge Ueberteuerung der Produkte besonders schwer. Diesem ungünstigen Status im Frühjahr ist ein etwas günstigerer Entwicklungsstand am Ende des Jahres gegenüberzustellen. Die unterstützten Erwerbslosen waren im November auf 275 000 zurückgegangen; Konkurse, Geschäftsaufsichten und Betriebsstillegungs-Anzeigen erheblich vermindert. Die Kaufkraft hatte sich aus den verschiedensten Gründen etwas gehoben, die Preise hatten durch Annäherung an die Weltmarktpreise die stärkere Wiederingangsetzung des Exports ermöglicht.

Zwischen beiden Entwicklungspolen war die Konjunkturkurve der einzelnen sächsischen Wirtschaftszweige jedoch nicht einheitlich verlaufen. Die Belebung der Wirtschaft war nicht in vollem Umfange aus eigener Kraft erfolgt, vielmehr durch die Kaufkraft der durch den englischen Produktionsausfall begünstigten Arbeiter, also durch ausländisches Geld belebt. Ferner hatten ausländische Leihgelder, die großen deutschen Unternehmungen zugute kamen, indirekt auch die Betriebe, die nicht selbst als Darlehnsnehmer auftraten, befruchten können. Das im Laufe des Jahres zunehmende Sparvermögen mancher Bevölkerungskreise war an sich ein erfreuliches Zeichen, zeigte indessen auch, daß die Ersparnisse in vielen Fällen nicht direkt der Industrie zugeführt wurden. Die Belebung konnte demzufolge über die Verbraucherindustrien vorläufig nur in geringem Umfange hinausgehen, so daß insbesondere die in Sachsen stark vertretenen Maschinenindustrien und sonstigen Betriebsmittelindustrien aus ihr noch kaum Nutzen ziehen konnten. Das gleiche galt für die unter der Zwangswirtschaft des Wohnungswesens leidenden Industrien. Die große Unausgeglichenheit der industriellen und finanziellen Lage wurde noch erhöht durch die vorläufig noch nicht genügend gefestigte Finanzkraft des Handels, die im Inland die Lagerhaltung und damit die Stetigkeit der Entwicklung erschwerte, und bei der Ausfuhr die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigte. Die auch in Sachsen zunehmenden Sparkapitalien dürften nur zu einem Teil aus neu gebildeten Kapitalien der Industrie stammen und auch nur zu einem verhältnismäßigen geringen Teil für die Industrie direkt Verwendung gefunden haben. Sie werden zum erheblichen Teil sich aus Umlagerungen von Vermögenswerten erklären.

Die von der Reichsregierung im Laufe des Jahres eingeführten Steuererleichterungen waren für den Einzelnen leider infolge der Erhöhungen von Landes- und kommunalen Steuern und neuer sozialpolitischer Lasten kaum fühlbar. Eine Stärkung der Betriebskapitalien konnte durch sie jedenfalls nicht in nennenswertem Maße erreicht werden. Die Industrie sieht sich in dieser Beziehung auf die Nationalisierungsmaßnahmen, die in großem Umfange und sehr einschneidend durchgeführt wurden, angewiesen. Ob die damit erreichte Modernisierung der Betriebe Ersparung von Kapitalien und Vereinfachung der Fabrikation für die sächsische Industriebevölkerung in ihrer Gesamtheit, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, auf die Dauer den gewünschten Erfolg bringen wird, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Angesichts der ausländischen Konkurrenz und der drückenden, die Produktion verteuernden inländischen Lasten war sie unvermeidlich. Auch die sozialpolitischen Lasten zwangen vielfach zu dieser Nationalisierung.

Die Erhöhungen der sozialen Lasten durch die Gesetzgebung von 1926 wirkten sich erst im Laufe des Jahres 1926 im vollen Umfange und zu einer Zeit aus, wo sie besonders schwer aufzubringen waren. Auch im vergangenen Jahr ist das Tempo der sozialen und arbeitsrechtlichen Gesetzgebung keineswegs verlangsamt worden, und in der zweiten Hälfte konnte man sogar von einer Hochkonjunktur in der Sozialpolitik sprechen, denn es jagten sich die Entwürfe, deren Gesetzwerdung, zum Beispiel auf dem Gebiete der so schwierigen und für die Produktion so außerordentlich wichtigen Arbeitszeitregelung, von der Wirtschaft mit großer Besorgnis entgegengesehen wird.

Die große Rührigkeit, welche die Reichsregierung auf handelspolitischem Gebiet entwickelte, hat trotz der starken Vertretung sächsischer Interessen durch ihre Organisation leider nicht die für die Belebung unseres Außenhandels notwendigen Erfolge gezeitigt, wenn auch eine langsame Beruhigung der weltwirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen nicht zu leugnen ist.

Die Wirkungen der wichtigsten handelspolitischen Maßnahmen des vergangenen Jahres wie auch der großen internationalen privatwirtschaftlichen Vereinbarungen, des Eisenkartells oder der Besprechungen internationaler Wirtschaftsführer, der Verständigungsbestrebungen, die sich im Völkerbund, in der Internationalen Handelskammer und an anderen Stellen konzentrieren, werden erst von langer Hand im Laufe der nächsten Zeit für die Wirtschaft, insbesondere für die sächsische verarbeitende Industrie fühlbar werden. Wenn man auch der Arbeit dieser Organisationen mit Zuversicht entgegensehen soll, so wird man die Auswirkungen auf unser Wirtschaftsleben, insbesondere in Sachsen mit einer gewissen Vorsicht beurteilen müssen. Diese vorsichtige Beurteilung wird man auch unserer gesamten wirtschaftlichen Lage für das kommende Jahr entgegenbringen müssen. Denn wir werden nicht mehr wie im vergangenen Jahr auf eine vom Auslande kommende Belebung unserer Wirtschaft rechnen können, vielmehr auf eigene Kapitalbildung angewiesen sein, die sich unter dem Druck der steuerlichen Belastung, ferner der Daweslasten und der die deutsche Konkurrenz erschwerenden nationalistischen Strömungen des Auslandes nur außerordentlich langsam wird vollziehen können.

Es wird daher immer wieder die Frage geprüft werden müssen, ob die auf dem Erwerbsleben ruhenden staatlichen Lasten in einem angemessenen Verhältnis zur Rentabilität unserer Volkswirtschaft stehen, so sehr auf der anderen Seite die Notwendigkeit ausgedehnter kultureller, politischer und sozialer Aufgaben eines modernen Staates im Interesse des Ganzen und unserer Weltgeltung anerkannt werden muß.

Ein Kabinett der Mitte?

Marx übernimmt Curtius' Erbe

Beginn der Verhandlungen mit den Parteiführern

Berlin, 16. 1. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag den geschäftsführenden Reichskanzler Dr. Marx und erteilte ihm den Auftrag, auf Grund des vorgestrigen Beschlusses der Zentrumsfraktion durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die parlamentarische Lage und die Möglichkeit einer Regierungsbildung weiter zu klären.

Reichskanzler Dr. Marx behielt sich seine Entscheidung bis Sonntag nachmittag vor.

Berlin, 16. 1. Reichskanzler Dr. Marx hielt am Sonntag mittag mit den Vorstandsmitgliedern der Zentrumsfraktion im Reichstag eine Besprechung ab.

Berlin, 16. 1. Reichskanzler Dr. Marx hat dem Reichspräsidenten heute abend mitgeteilt, daß er den Auftrag auf Grund des vorgestrigen Zentrumsbeschlusses, durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden Fraktionen des Reichstages die politische Lage und die Möglichkeiten der Regierungsbildung weiter zu klären, annimmt.

Reichskanzler Dr. Marx wird demgemäß am Montag mit den Parteiführern wegen der Möglichkeit der Bildung einer Regierung der Mitte verhandeln.

Marx befragt zuerst die Volkspartei

Berlin, 16. 1. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird Dr. Marx sich am Montag zunächst mit den Führern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei besprechen, um festzustellen, ob ein Kabinett der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten durchzuführen ist. Der Fraktionsvorstand der Deutschen Volkspartei tritt am Montag mittag zu einer Sitzung zusammen, während die Fraktion sich erst am Mittwoch versammeln wird.

Mit den Fraktionsführern der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten will Dr. Marx erst verhandeln, nachdem er die Ansichten der Deutschen Volkspartei kennen gelernt hat.

„Stunde des Beamten"

Eröffnung durch Dr. Külz.

Berlin, 15. 1. Reichsminister Dr. Külz eröffnet die „Stunde der Beamten" auf der „Deutschen Welle". Die „Deutsche Welle" hat sich entschlossen, von jetzt ab „eine Stunde des Beamten" einzurichten. Jede Woche soll zu einer feststehenden Stunde ein Radio-Vortrag aus der Lebenswelt des Beamten veranstaltet werden. Den Anfang mit diesen Vorträgen machte am 15. Januar 1927, nachmittags 5 Uhr, der Reichsminister des Innern Dr. Külz mit einem Vortrag über Beamtenbildung.

Der Vortragende ging davon aus, daß der Persönlichkeitswert des Beamten in erheblichem Umfange bedingt sei durch Art und Maß seiner Vorbildung und daß deswegen folgerichtig mit der Entwicklung des Berufsbeamtentums im neuen Staat auch die Frage der Beamtenbildung mehr als früher in den Vordergrund rücke. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Beamtenbildung kam der Vortragende auf die Erfordernisse der modernen Berufsbildung der Beamten zu sprechen. Die alte Amtsautorität habe für sich selbst zur Ausübung der Staatsautorität ein tieferes Wissen nicht nötig gehabt. Aber die moderne Art der Arbeit des Beamten, die Hilfe, Erteilung von Rat, Einführung und Aufklärung, verbunden mit Wirken von Mensch zu Mensch und mit Herzenswärme sei, kann ohne inneres Eindringen in den Geist der Gesetze und Vorschriften, ohne Erkennen ihrer Motive und Absichten, ohne Umwandlung der Gesetzesvorschriften aus dem Großgeld der Paragraphen in die kleine Münze der allgemeinen Verständlichkeit nicht auskommen.

Die Beamtenschaft habe das selbst eingesehen, und es sei ein großes Verdienst ihrer Spitzenverbände, wenn sie sich mit Nachdruck auf die Fortbildung im Beruf geworfen habe. Der Blick des modernen Beamten muß über die engen täglichen Aufgaben des Fachgebietes heraus in die Sphäre des Geistes und in die Sphäre des Dienstes für Volk und Vaterland emporgehoben werden. Denn auf der anderen Seite leuchtet auch das neue, alle einengenden Schranken niederlegende Prinzip auf, das alles Streben lohnt: „Freie Bahn dem Tüchtigen", das heißt: Frei Bahn dem durch Wissen und Kenntnis ertüchtigten Beamten.

Nach einer Darstellung der Ziele und der Eigenart der Verwaltungsakademien schloß der Reichsminister des Innern mit dem Hinweis, daß mit abstraktem Wissen allein nichts getan sei; es gelte, das Wissen und Erkennen sich auswirken zu lassen zu praktischer Berufs- und Lebenstüchtigkeit; denn praktisches Können und abgeschlossene Persönlichkeit, die bilden die Synthese für die Berufstüchtigkeit des deutschen Beamten. Sie sind auch die Voraussetzung für die staatsbürgerliche Qualität des deutschen Beamten. Es gilt nicht Halbbildung zu mehren, sondern ernste, gründliche Bildung zu fördern, damit sich der Beamte vom ehemaligen Objekt in der Hand des Gesetzgebers zu einem selbständig denkenden und verantwortlich handelnden Menschen entfaltet.

Notwendige Reformen

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 17. Januar.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns mitgeteilt, daß die Demokraten beabsichtigen, dem Reichstage einen Antrag auf baldige Verhandlung der Wahlrechtsreform, der Reichswehrreform und der Ausführungsbestimmungen des Artikels 48 vorzulegen. Was die Reichswehrangelegenheit betrifft, so hören wir von zuständiger Stelle, daß eine längere Diskussion über die notwendige Reform innerhalb der Reichswehrverbände im Parlament sich erübrigen wird, da in den letzten Tagen das Verhältnis der Reichswehr zu den illegalen Verbänden durch Verordnungen und Erlasse des Reichspräsidenten eine Regelung gefunden habe. Die ganze Angelegenheit sei schon jetzt bereinigt und es liegt nicht im Interesse Deutschlands länger bei der Frage der Umorganisierung der Reichswehr zu verweilen als unbedingt notwendig ist. Auf Behandlung der Wahlrechtsreform werden auch die anderen Parteien dringen. Dies um so mehr, als sich nach dem Scheitern der Verhandlungen des Ministers Curtius über die Regierungsneubildung die Möglichkeit baldiger Neuwahlen gezeigt hat und es außerordentlich bedauerlich wäre, wenn die Neuwahlen ausgeschrieben würden, ohne daß die Reform durchgeführt sei. Das Gesetz ist in seinen Grundzügen vom Kabinett in der veränderten Form gutgeheißen worden. Es wäre also durchaus möglich, daß die Wahlrechtsreform schon in kürzester Frist den Parteien zur Beschlußfassung zugeht, so daß bei evtl. eintretenden Neuwahlen nach dem neuen Gesetz gewählt werden kann. Ebenfalls haben die Ausführungsbestimmungen über den Artikel 48 die Zustimmung des Kabinettes Marx bereits gefunden. Es ist also damit zu rechnen, daß das Parlament sich bald mit der Angelegenheit beschäftigen kann.

Ein Bericht der Kontrollkommission

(Eigener Informationsdienst)

Berlin, 17. Januar.

Von bestunterrichteter Seite hören wir, daß die Berliner Verhandlungen über die Auslegung des Kriegsmaterialsbegriffes einen günstigen Fortgang nehmen und daß bereits von den Mitgliedern der Interalliierten Kontrollkommission, mit der die Berliner Verhandlungen geführt werden, ein ausführlicher Bericht an die Botschafterkonferenz nach Paris abgesandt worden ist. Aus diesem Bericht geht hervor, daß die Schwierigkeiten, die einer Einigung im Wege stehen, zwar noch nicht überwunden sind, daß man aber auf dem besten Wege sei, zu einem Uebereinkommen bis spätestens zum 31. Januar zu gelangen. Es heißt, daß der Verlauf der Berliner Verhandlungen in Paris einen günstigen Eindruck hervorgerufen hat und daß man jetzt in der Botschafterkonferenz überzeugt sei, daß Deutschland jeden Versuch einer Verschleppung der Verhandlungen unterlassen werde und daß es alle Kräfte dafür einsetzt, bis Ende dieses Monats die Restpunkte zu erledigen.

Die Unstimmigkeiten im Pariser Kabinett

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 17. Januar.

Aus zuverlässigen Berichten über die Zustände im französischen Kabinett ist zu ersehen, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Poincaré und Briand unvermindert fortdauern. Es wird uns versichert, daß der Außenminister sich nur deshalb entschlossen habe, in die Zurückstellung der außenpolitischen Debatte einzuwilligen, weil er eine Kabinettskrise vermeiden wollte. Briand scheint demnach der Ansicht zu sein, da Poincaré durch das Aufhalten des weiteren Sinkens der Valuta stimmungsmäßig das französische Volk für sich gewonnen habe und die Verständigungspolitik Briands dadurch etwas in den Hintergrund des Interesses getreten sei. Der französische Außenminister scheint demnach seine Zeit für einen Vorstoß gegen Poincaré noch nicht für gekommen zu halten.

Von der Reichswehr

General von Lossberg und Generalleutnant Hasse scheiden aus.

Berlin, 16. 1. Amtlich wird mitgeteilt: Mit dem 1. Februar 1927 scheiden aus dem Heeresdienste aus: General der Infanterie von Lossberg, Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos I; die Generalleutnants: Hasse, Ernst, Kommandeur der 5. Division und Befehlshaber im Wehrkreis V; Edelsheim, Inspekteur der Infanterie. Mit dem 1. Februar 1927 werden ernannt die Generalleutnants von Tschischwitz, Kommandeur der 2. Division und Befehlshaber